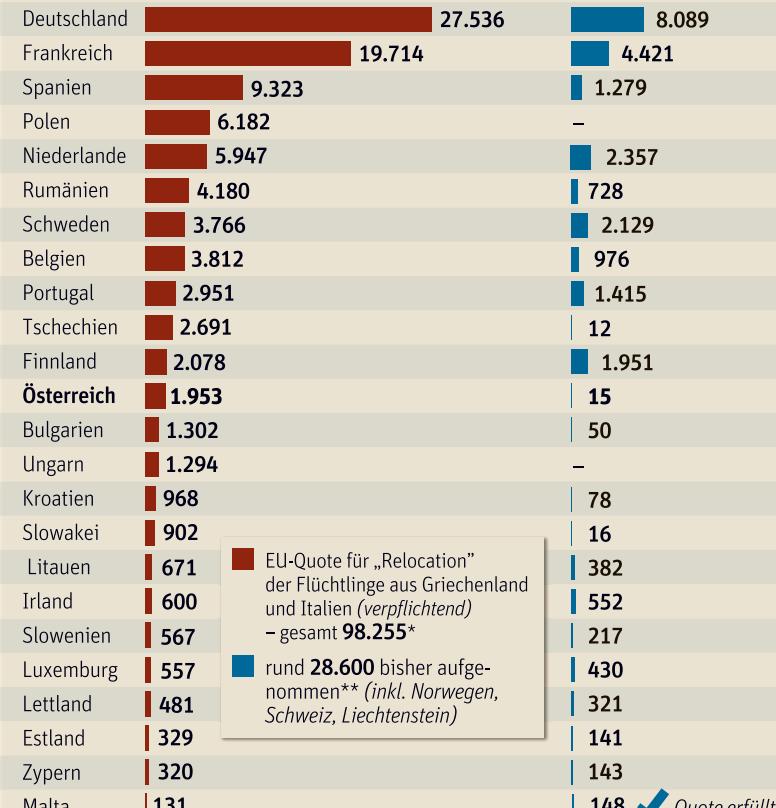


Verteilung von Flüchtlingen auf EU-Länder



Nicht-EU-Länder, Teilnahme über bilaterale Verträge

Norwegen	keine Quote	1.508
Schweiz	keine Quote	1.175
Liechtenstein	keine Quote	10

Quelle: APA, EU-Kommission

*Ausnahmeregelungen für DK und GB **Stand 20. 9. 2017

EU-Relocation läuft aus

EU-Kommission drängt auf Fortsetzung der Umverteilung

Brüssel/Wien/Rom – Betrachtet man die Zahlen (*siehe Grafik links*), fällt die Bilanz des im September 2015 beschlossenen und heute, Dienstag, auslaufenden EU-Umverteilungsprogramms für Flüchtlinge äußerst bescheiden aus. Ursprüngliches Ziel dieser sogenannten Relocation war, 160.000 Flüchtlinge aus den besonders betroffenen Staaten Italien und Griechenland auf die anderen EU-Staaten umzuverteilen. In der Zwischenzeit wurde die rechtlich verbindliche Zahl nach unten auf 98.255 korrigiert: 63.302 Flüchtlinge und 34.953 aus Griechenland sollten es sein.

Nun, zwei Jahre später, wurden 29.144 Umverteilungen registriert – knapp 30 Prozent der Zielvorgabe. Einzig Malta konnte seine Quote erfüllen, Irland und Finnland waren zumindest nahe dran. Ungarn und Polen verweigerten komplett, viele Länder lagen deutlich unter den Zielen. Dazu gehört auch Österreich, das bisher 15 Flüchtlinge aufgenommen und die Aufnahme von insgesamt 50 Asylwerbern zugesagt hat.

Die EU-Kommission sieht die Relocation trotzdem als „Erfolg“

an, wie eine Sprecherin am Montag sagte – vor allem, wenn man die schwierigen Umstände betrachte, also die Politdebatten um Flüchtlinge in vielen Ländern.

Angesprochen auf die niedrigen Zahlen erklärte sie, dass mit Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals die Zahl der Asylwerber, die nach Griechenland gekommen sind, um 97 Prozent gesunken sei. Dies bedeute, dass auch weniger Personen für die Relocation zur Verfügung standen. In Italien seien nicht so viele für die Umverteilung infrage kommende Flüchtlinge gelandet.

Aktuell befinden sich laut EU-Kommission in Italien 7200 und in Griechenland 2000 Flüchtlinge, die für eine Umverteilung infrage kommen. Alle, die noch bis zum Dienstag eines der beiden Länder erreichen und für das Programm infrage kommen, müssten eigentlich umverteilt werden.

Gegenüber der italienischen Nachrichtenagentur Ansa drängte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos auf eine Fortsetzung der Umverteilung, bis es zu einer Reform des Dubliner Abkommens komme. (ksh, APA)

DER STANDARD